Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 36 (2017)

Heft: 70

Artikel: Strategien gegen Armut in der Schweiz : Sozialhilfe und linke Politik aus der Sicht von Armutsbetroffenen

Autor: Ditzler, Christoph / Sirmoglu, Avji

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781012

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christoph Ditzler / Avji Sirmoglu

Strategien gegen Armut in der Schweiz

Sozialhilfe und linke Politik aus der Sicht von Armutsbetroffenen

Das Internetcafé Planet13[1] in Basel entstand 2007 aus der konkreten Not von Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten. Damals, vor über zehn Jahren, sahen wir bereits, dass in Zukunft die Jobsuche oder das Schreiben von Bewerbungen nur noch digital gemacht werden würde. Das begann man auch von Armutsbetroffenen zu fordern, welche Sozialhilfe erhalten. Doch viele Armutsbetroffene haben die technische Infrastruktur nicht, können oftmals auch nicht mit einem Computer und dem Internet umgehen. Aus dieser Situation heraus entstand der Gedanke, ein Internetcafé zu gründen, das allen kostenlosen Zugang zum Internet anbietet. In den langen Diskussionen über die Form eines solchen Projektes setzte sich schliesslich die Einsicht durch, dass das Internetcafé ein emanzipatorischer, auf Selbstverwaltung gegründeter Ort sein soll. Das Planet13 ist ein Ort der Solidarität. Viele Migrant*innen sowie Schweizer*innen suchen es auf und finden sofortigen kostenlosen Zugang zu vielen benötigten Dienstleistungen. Die Gäste des Planet13 sind in Not: Sie haben fast kein Geld, müssen Bewerbungen schreiben, Briefe ausdrucken etc. Auch die Teammitglieder des Cafés sind von Armut Betroffene und arbeiten ehrenamtlich.

Wir hatten immer den Anspruch, unser gesamtes Angebot – auch die Getränke und das Leseangebot – kostenlos anzubieten (siehe Kasten). Würden unsere Leistungen etwas kosten, hätten wiederum nur die Menschen Zugang, die dafür bezahlen können. Das würde eine neue Form der Ausgrenzung schaffen. Im Internetcafé wird also kein Geld erwirtschaftet. Dies widerspiegelt unsere grundlegende Überzeugung, dass der Zugang zum Allgemeinwissen und zur Bildung für alle Menschen so einfach wie möglich sein muss. Dazu gehört auch das Internet, denn auch der digitale Graben grenzt aus. In den heutigen Zeiten bedeutet das eine weitere folgenreiche Abschottung.

Im Planet13 wird die Armut, die Ausbeutung und Ausgrenzung oft thematisiert. Viele können sich vielleicht nicht richtig vorstellen, wie stark die Armut Ausschluss und Stigmatisierung mit sich bringt, besonders in einem Land wie der Schweiz, wo Armut trotz allem noch ein Tabuthema ist. Im Planet13 erzählen die Menschen von ihren Schicksalsschlägen. Wie es kam, dass sie ihre Stelle verloren, wie sie plötzlich ohne etwas dastanden, wie sie aus ihren Heimatländern flüchten mussten und nun hier sind. Viele Personen hatten überhaupt keine

Chancen und mussten sich schon als Kleinkinder verdingen. Missbrauch, Gewalt und die Herrschaft von wenigen über viele werden im Raum des Cafés viel diskutiert. Viele Bücher könnten wir darüber schreiben. Direkt oder indirekt ist dies sowieso immer politisch.

Deshalb möchten wir in diesem Artikel aus unseren direkten Erfahrungen berichten, unsere Sicht auf den Umgang mit der Armut in der Schweiz aufzeigen. Das beinhaltet die Frage danach, wie Armut in der Schweiz wahrgenommen wird, auch von Linken. Und schliesslich möchten wir Strategien diskutieren, wie Armut gerade in der Schweiz zu beseitigen ist.

Grundsätzlich geht es uns immer um die globale Forderung, eine andere Welt zu ermöglichen. Eine Welt mit mehr Solidarität und ohne Ausbeutung. Denn überall auf der Welt brauchen die Menschen ihre realen und gesunden Existenzböden: Das Leben soll kein Überleben, sondern ein Leben sein.

Armut in der Schweiz

Wenn wir hier über Armut schreiben, meinen wir in erster Linie monetäre Armut. Gemäss Caritas beziffert sich die Armut in der Schweiz folgendermassen: «570 000 Personen sind in der Schweiz von Armut betroffen, 1,18 Millionen Menschen sind von Armut bedroht. [...] Verglichen mit dem letzten Jahr [2016] ist die Armut in der Schweiz leicht angestiegen. Armut in der Schweiz ist kein Randphänomen.»[2] 235 000 Menschen werden in der Schweiz durch die Sozialhilfe unterstützt.[3]

Betroffen von Armut und Ausbeutung sind sehr viele: Obdachlose, darunter viele Frauen; Alleinerziehende, Migrant*innen, Pensionierte, die Altersarmut erfahren; Sozialhilfeempfangende, Working Poor, Sans-Papiers, Erwerbslose mit einem kleinen Anteil von der Arbeitslosenversicherung (ALV) und viele mehr.

An Menschen, die aus dem kapitalistischen Ertragssystem herausgefallen und nun auf die Sozialhilfe angewiesen sind, haften viele Vorurteile. Damit müssen sie leben, denn in einem Land, wo der Reichtum enorm und die Verteilung so ungerecht ist, gibt es wenig Boden, um Verständnis für Armut zu entwickeln. In der Schweiz besassen 2016 zwei Prozent der Menschen so viel wie die übrigen 98 Prozent.[4] Diejenigen, die zuunterst leben, haben keine Lobby und finden kein Gehör. Sie sind die Überflüssigen, die niemand mehr will.

Viele Menschen und Medien schreiben den Armutsbetroffenen von Anfang an Mängel zu. So etwa, dass uns mentale, psychische sowie soziale Fähigkeiten fehlen würden, dass die Ausbildung der Menschen nicht ausreichend sei oder dass wir die Sozialhilfe missbrauchen würden. Man versucht uns Betroffenen damit zu verstehen zu geben, dass uns etwas fehlt, etwa Cleverness oder Gescheitheit: «Sonst wärt ihr nicht da, wo ihr seid.»

Internetcafé Planet13 in Basel

Emanzipation hat viel mit dem Zugang zu Bildung zu tun. So will auch der Umgang mit dem Internet bzw. den modernen elektronischen Medien gelernt sein. Die Anwendung, der Datenschutz, die Handhabung von den digitalen Produkten erfordern Wissen und Können. Deshalb bieten wir im Internetcafé seit dessen Start im Jahr 2007 EDV-Kurse für Anfänger*innen und Fortgeschrittene an. Zudem ist eine Werkstatt vorhanden, in der PCs und Laptops repariert und kostenlose Betriebssysteme installiert werden können. Wir verwenden Freie Software. Hier erlernen die Menschen, wie man mit Betriebssystemen umgeht und was Freie Software bedeutet.

Das Schreiben von Bewerbungen, Briefen, das Erstellen von Lebensläufen und das Ausfüllen von Formularen usw. erfordert vor allem von Migrant*innen viel Sprach- und Formulierungsvermögen. Deshalb boten wir von Anfang an Unterstützung beim Schreiben an und zeigen hilfreiche Websites und Anwendungen. Die Emanzipation wird auch mit unseren Deutschkursen gefördert.

Wissen kann weitere Türen öffnen. So begannen wir mit unserem Bildungsangebot «uni von unten». Seit zehn Jahren bieten wir jeweils montags Vorträge und Lesungen an. Es können Autodidakten sowie Fachpersonen vortragen oder vorlesen. Die Religion und die Missachtung der Menschenrechte sind bei dieser Plattform tabu. Die Religion betrachten wir einfach als Privatangelegenheit. Die «uni von unten» ist für uns wichtig, weil wir in ihr diejenigen Themen angehen, welche uns tatsächlich interessieren. Uns reicht das in Basel und andernorts bestehende Angebot an Bildungsmöglichkeiten nicht. Wir bestimmen, was wir lernen möchten. Wir sind nicht einfach Konsumierende, sondern organisieren alles selber. Seit neun Jahren gibt es auch wöchentlich stattfindende Filmabende. Hier werden Filme fern vom Mainstream gezeigt; Filme, die aufklären, Filme des Widerstandes, der Alternativen etc. Zwei Mal im Jahr gibt es bei uns auch Ausstellungen. Die Menschen, die bei uns ausstellen, haben Erfahrungen mit «von unten sein» oder sind sozial eingestellt, wenden sich den Themen der Ausbeutung und Benachteiligung vertieft zu.

Wir geben auch den Frauen mehr Raum. Jeden Mittwoch ist bei uns Frauentag, an dem nur unsere weiblichen Gäste das Internetcafé aufsuchen können. Die Armut tritt bei den Frauen sehr stark hervor, ebenso die Obdachlosigkeit. Auch sind z. B. Frauen, die Gewalt erfuhren, sehr verletzlich. Mittwochs haben sie Zeit und Ruhe. Sie können alle ihre schriftlichen Angelegenheiten erledigen oder sich helfen lassen. Mittlerweile können wir mit einer Naturheilärztin, mit der AIDS-Hilfe beider Basel (Stadt und Land) und einer Kunstmalerin den Frauen mittwochs ein kleines, aber sehr wirksames Angebot anbieten.

Das Internetcafé Planet13 ist auch ein Ort, der von einer multikulturellen Gästeschar besucht wird. Sprachwirrwarr ist an der Tagesordnung. Immer findet sich jemand, der vermitteln und übersetzen kann. So kommen wir alle gemeinsam weiter. Bei 2500 Gästen pro Monat ist das dringend notwendig.

Es kommen aber auch immer wieder sehr bewusst Menschen auf Besuch, die keine Not haben, denen es recht gut geht. Das wollen wir auch. Das Café und seine Gäste sollen nicht vollkommen abgegrenzt von der übrigen Welt existieren. So entstehen fortwährend neue Freundschaften. Wir werden zu Hochzeiten, Taufen, Begräbnissen, Reisen und vielem mehr eingeladen. Es ist eine grosse Familie, die stets bewegt, sich manchmal ausdehnt und dann, je nach Situation, wieder etwas einengt.

www.planet13.ch

Auch unsere Gäste beschreiben uns solche Erlebnisse. Die Angriffe sind sehr vielfältig und auch erfinderisch. Sie laufen aber am Schluss immer darauf hinaus, dass die Armutsbetroffenen selber daran schuld seien, dass sie dorthin kamen, wo sie gerade sind. Doch immer wieder gehen Beispiele durch die Medien, die zeigen, dass Arme nicht einfach selber schuld sind. Etwa wenn wieder Firmen schliessen und Personal entlassen wird. Das trifft auch Menschen aus der Mittelschicht: Armut ist vielfältig, kann rasch entstehen, wenn fast keine Perspektiven mehr in Aussicht und die Reserven bald verbraucht sind.

Staatliche «Armutsbekämpfung»: Fordern und Fördern

Wer in der Schweiz arbeitslos wird oder Sozialhilfe beziehen muss, wird in die Programme des sozialstaatlichen Systems eingegliedert. Die Bedrängung durch dieses System heisst «Fordern und Fördern». Dabei geht es vor allem um eines: Man testet bei den Menschen, wie viel Leistungsfähigkeit bei ihnen noch vorhanden ist.

Die Erwerbslosen, welche noch von der Arbeitslosenversicherung Geld erhalten, werden wie z. B. in Basel-Stadt vom Amt für Wirtschaft zwingend aufgefordert, bei arbeitsmarktlichen Massnahmen teilzunehmen. Die Arbeitssuchenden müssen die Angebote der Amtsstelle mit dem Namen «Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen» (LAM) annehmen, ansonsten drohen ihnen Kürzungen. Vielfach sind die Kurse von offiziellen Stellen aber für die Menschen schlicht unnütz.[5]

Auch die Sozialhilfeempfangenden müssen an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Sie sollen einer Tätigkeit in Betrieben des Zweiten Arbeitsmarktes (siehe Unten) nachgehen: in Bäckereien, Cafeterien, bei Recyclingstellen oder als Reinigungskräfte. Auch hier wird die Leistungsfähigkeit der Menschen geprüft. Wer sich weigert, bei den Programmen mitzumachen, wird von der Sozialhilfe mit Sanktionen belegt, welche bis zu hundert Prozent der Sozialhilfe betragen können. So kann es sein, dass Sozialhilfeempfangende am Ende des Monats ohne einen Franken dastehen. Dabei muss es gemäss Artikel 12 der schweizerischen Bundesverfassung die Hilfe in Not jederzeit geben: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.»

Die Sozialhilfe ist allgemein sehr knapp bemessen und reicht nur für das Allernötigste aus. Sie ermöglicht höchstens ein Überleben. Die Sozialhilfe wird so gestaltet, dass sie nicht lukrativ ist – sie soll abschrecken. Zum Verständnis ein Beispiel: Gemäss der Sozialhilfe Basel-Stadt erhält eine Einzelperson für die Nettomiete 700 Franken.[6] In dieser Preishöhe lässt sich in Basel fast keine Wohnung finden. Dazu erhält eine Person noch den Grundbedarf von 986 Franken und die Krankenkassenprämie, welche zu neunzig Prozent von der Sozialhilfe übernommen wird. Doch bei der Krankenkasse besteht eine Grenze nach oben: Für

Sozialhilfeempfangende soll es natürlich die günstigste Variante sein. Von den 986 Franken Grundbedarf muss alles beglichen werden, was man zum Leben benötigt. Der Grundbedarf in der Sozialhilfe muss aus unserer Sicht um mindestens dreissig Prozent erhöht werden, damit nicht ein ständiger Kampf ums Überleben herrscht, sondern ein Leben möglich wird.

Ab 2019 wird ein zusätzlicher Abzug dazukommen: Jeder Haushalt wird obligatorisch Billag-Gebühren (Gebühren für Radio und Fernsehen) von 400 Franken im Jahr zahlen müssen. Die Diskussion um die Billag-Gebühren zeigen auch, welchen Stellenwert die Sozialhilfe bzw. die Armut einnimmt: IV-Bezüger*innen und AHV-Rentner*innen, die Ergänzungsleistung beziehen, können ein Gesuch stellen, um von den Billag-Gebühren befreit zu werden. Sozialhilfebezüger*innen aber nicht. So schrieb etwa der *Beobachter* vom 27. September 2016, IV und AHV gelten als Befreiungsgrund von den Gebühren, aber: «Andere Befreiungsgründe wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Studium werden nicht akzeptiert.»[7] Doch IV- und AHV-Rentner*innen leben meist mit besseren Existenzgrundlagen als Sozialhilfeempfangende. Das ist keine faire Behandlung von Menschen, die zuunterst gelandet sind und nun noch mehr tragen müssen.

In der Diskussion um Sozialhilfe ist tonangebend, dass die Politik die Sozialhilfeunterstützung immer mehr kürzen will. So wird dies zum Beispiel gerade in Bern angedroht, wo die bürgerliche Mehrheit im Parlament die Kürzung des Grundbedarfs ins Auge gefasst hat. Andreas Fagetti schrieb in der *WOZ Die Wochenzeitung:* «Richtig heftig wird es aber erst noch: Die Bürgerlichen wollen den Grundbedarf um zehn Prozent kürzen. Das hätte Signalwirkung für die ganze Schweiz.»[8] Wenigstens hat sich in Bern die Kampagne Verkehrt (www.verkehrt.ch) gebildet, mit der Sozialarbeitende, Armutsbetroffene und Solidarisierende gemeinsam gegen die Kürzungen kämpfen.

Gleichzeitig stehen Sozialhilfeempfangende verstärkt unter Generalverdacht: Alle seien sie Sozialbetrügende. Unlängst berichtete etwa Carlos Hanimann in der *WOZ Die Wochenzeitung* über verdeckte Ermittlungen von sogenannten Sozialdetektiv*innen: «Jahrelang wurden SozialdetektivInnen als Wundermittel gegen Missbrauch gefeiert. Tatsächlich ist die Jagd auf Versicherte und SozialhilfeempfängerInnen vor allem ein Nullsummenspiel. Und nun urteilen auch Gerichte: Für Observationen fehlt die rechtliche Grundlage.»[9]

Denn am 28. Oktober 2016 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), dass die von einer Unfallversicherung in Auftrag gegebene verdeckte Überwachung einer Schweizer Kundin nicht rechtmässig war. Doch auch in Basel wollte die Sozialhilfe mehr Sozialdetektiv*innen. Die *bz Basel* schrieb dazu am 3. August 2016, dass die Basler Sozialhilfe nach einer Firma sucht, die für ein Auftragsvolumen von 150 000 Franken Sozialdetektiv*innen einstellt. Zuvor lehnte das Parlament die Aufstockung des Personals der Sozialhilfe ab, nun umgeht die Sozialhilfe die Absage, indem sie das Nachschnüffeln auslagert. «Die Sozialhilfe will dadurch, wie sie formuliert: Die Klienten erfolg-

reich begleiten und eine Vertrauensbasis haben. Das wäre die beste Möglichkeit, so die Sozialhilfe Basel, um Missbrauch zu verhindern.»[10]

Auch für Migrant*innen, die in der Schweiz von der Sozialhilfe leben müssen, bedeutet dies verstärkte Schikanen. Am 1. Oktober 2016 wurde eine Gesetzesverschärfung eingeführt, die Sozialhilfebeziehende und Sozialdienste betrifft: Bereits vorher war Betrug beim Bezug von Sozialhilfe eine Straftat. Doch Betrug bedeutet eine besonders raffinierte Lüge oder eine arglistige Täuschung, wie zum Beispiel das Fälschen von Dokumenten. Neu ist auch der unrechtmässige Sozialhilfebezug strafbar. Bei erwachsenen ausländischen Staatsangehörigen ordnen Schweizer Gerichte bei einer solchen Verurteilung – ausser bei leichten Fällen – grundsätzlich immer auch eine Ausschaffung an.[11] Ausländischen Sozialhilfeempfangenden kann damit bereits eine Ausschaffung drohen, wenn sie unvollständige oder nicht aktuelle Angaben gemacht haben – etwa, weil sie sprachlich etwas nicht verstanden haben.

Migrant*innen, die Sozialhilfe erhalten oder erhielten, werden auch bei der Einbürgerung gestraft. 2015 führte der Bundesrat eine neue Regelung im Einbürgerungsverfahren ein. In Artikel 7 E-BüV steht nun unter Ziffer 3: «Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung.»[12] Damit sinken die Chancen, eingebürgert zu werden, für viele gegen null.

Zwangsarbeit in der Schweiz

Ein weiteres Problem ist der Zweite Arbeitsmarkt, ein grosser Beschäftigungsapparat für Menschen, die keine Arbeit mehr haben und bei der Sozialhilfe landen. 1997 wurde in St. Gallen die Stiftung für Arbeit gegründet – mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes und der beiden Landeskirchen. Deren «Ziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für ausgesteuerte Langzeiterwerbslose und die mittel- und längerfristige Integration in den Ersten Arbeitsmarkt», wie die Stiftung selber schreibt.[13] Dafür entwickelte sie ein eigenes Modell von «Sozialfirmen». Diese Firmen bieten Einsatzstellen für Sozialhilfebeziehende vor allem im Recyclingbereich an. Vermittelt werden sie von der Sozialhilfe, sie bleiben weiterhin von ihr abhängig und erhalten einen finanziellen Zustupf. Mit grossem Schwung und viel Vitamin B legte daraufhin die Sozialfirmakette Dock-Gruppe AG, eine Tochterfirma der Stiftung für Arbeit, los.[14] Die CEO ist Daniela Merz, Schwiegertochter des ehemaligen Bundesrats Hans-Rudolf Merz. Heute gibt es in der Schweiz zehn solche Standorte. Zudem gibt es mittlerweile weitere Firmen mit verschiedenen «Angeboten». Oftmals sind diese nicht sofort als Zweiter Arbeitsmarkt erkennbar. Ein grosser Beschäftigungsapparat ist ununterbrochen am Wirken: Er bietet Dienstleistungen an, muss jedoch wirtschaft-

lich nicht so erfolgreich sein wie andere Dienstleistungen, da er von staatlichen Geldern quersubventioniert wird: Die dort Beschäftigten arbeiten auf dem Zweiten Arbeitsmarkt sozusagen gratis. Die Anbieter dürfen profitorientiert handeln; fünfzig Prozent ihrer Einnahmen dürfen sie seit einigen Jahren in Konkurrenz mit dem Ersten Arbeitsmarkt erwirtschaften. Somit konkurrenzieren die Sozialfirmen Anbieter des Ersten Arbeitsmarktes, die ihr Personal bezahlen müssen. Hier fehlen bisher Untersuchungen: Welche und wie viele kleinere Betriebe hat der Zweite Arbeitsmarkt schon verdrängt?

Über die Beschäftigungsbedingungen der Armutsbetroffenen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt wird allgemein selten geforscht und in den Medien berichtet.[15] Eine Ausnahme sind etwa die Soziologen Kurt Wyss[16], Peter Schallberger[17] und die Soziologin Bettina Wyer[18]. Des Weiteren gab es unserer Ansicht nach zwei vortreffliche Zeitungsartikel: einen von Urs Hafner in der *Neuen Zürcher Zeitung*[19] und einen von Anouk Eschelmüller in der *WOZ Die Wochenzeitung*[20], der eine alleinerziehende Mutter porträtiert, die im System der Zwangsarbeit gefangen ist. Das deckt sich mit vielen Erfahrungen unserer Gäste: Einmal im Getriebe, kommt man fast nicht mehr raus. Perspektivenlosigkeit ist das Los.

Problematisch am Zweiten Arbeitsmarkt ist auch, dass die Sozialhilfe die Armutsbetroffenen den Firmen zuweist. Wer der Pflicht zur Gratisarbeit nicht Folge leisten will, denen wird zur Strafe die Sozialhilfe gekürzt. Das widerspricht, wie Peter Schallberger sagte, der «verfassungsmässig garantieren Wirtschaftsfreiheit».[21]

Die International Labour Organization (ILO) definiert Zwangsarbeit als «unfreiwillige Arbeits- oder Dienstleistungen, die unter Androhung von Strafe ausgeübt werden. Die Ausbeutung von Menschen, die kaum eine andere Möglichkeit haben, als in derartigen Situationen zu arbeiten, bezeichnet die Organisation auch als ‹moderne Sklaverei›.»[22] Die Schweiz ratifizierte 1945 das Dokument gegen Zwangsarbeit. Damit sollte diese in der Schweiz verboten sein. Doch das System des Zweiten Arbeitsmarkt funktioniert genauso: Wer die verordnete Arbeit verweigert, wird bestraft. Das ist Zwangsarbeit.[23] Nur nennt man es in der Schweiz nicht Zwang, sondern Anreiz, Beschäftigung etc.

Fehlende linke Position gegenüber der Armut

Doch wie reagieren die Linken darauf? Es war, wie gesagt, auch der Gewerkschaftsbund, der den Zweiten Arbeitsmarkt mitgründete. Wir hören von manchen Linken, dass eine Beschäftigung auf dem Zweiten Arbeitsmarkt Sinn machen würde, weil sie den Menschen eine Tagesstruktur geben würde. Doch die Rahmenbedingungen und die (fehlende) Entlöhnung solcher Beschäftigung werden kaum untersucht oder politisch angesprochen. Doch denken sie damit nicht auch, dass die Menschen diszipliniert werden müssen? Die Workfare-

Logik ist auch in ihren Köpfen angekommen. Ist es den Gewerkschaften egal, dass in der Schweiz ein grosser Apparat entwickelt wurde, welcher alle aus dem Ersten Arbeitsmarkt Entlassenen, alle Ausgesteuerten, alle Ungewollten, alle Überflüssigen mit Zwangsarbeit beschäftigen soll? Wird damit nicht auch die Konkurrenz auf dem Ersten Arbeitsmarkt gefördert?

Ebenso hören wir immer wieder, dass es richtige Armut in der Schweiz nicht gäbe. Warum nehmen viele Linken die Armut in der Schweiz nicht richtig wahr? Welche Vorstellungen über Armut haben sie? Es wird viel auf die absolute Armut verwiesen, das Leben am äussersten Rand der Existenz, wie es vor allem im globalen Süden existiert. Im Vergleich dazu, hören wir immer wieder, seien die Zustände in der Schweiz noch aushaltbar. Doch was ist mit relativer Armut, den Menschen, die im Verhältnis zur reichen Schweizer Bevölkerung arm sind? Spielt man damit nicht die Armen in Not gegeneinander aus? Das Leid des Krieges, der Flucht, des Hungers in afrikanischen Regionen kann man doch nicht mit der Vereinsamung und Verarmung in der Schweiz vergleichen.

Andere Linke hoffen auf Proteste und laute Demonstrationen vonseiten der Armutsbetroffenen und Ausgebeuteten. Doch Armutsbetroffenen fehlen oftmals die Kräfte, um sich zu organisieren, sich halbwegs durch den Tag zu bringen. Warum ist das so? Weil ein Arbeitssystem, das ständig mehr und noch mehr verlangt, die Energie raubt. Nach so vielen IV-Revisionen erhalten zum Beispiel psychisch Erkrankte auf einmal keine IV-Rente mehr. In der Pufferzone zu existieren, zwischen Sozialhilfe, Coaching und Forderungen, und dabei über keine Reserven zu verfügen, ist ein hartes Los. Die Betroffenen können das nicht aussprechen, weil ihnen fast niemand glauben will. Tun sie es doch, geht es wiederum mit den Vorurteilen ihnen gegenüber los.

Es wäre aber sehr wichtig, wenn sich die Armutsbetroffenen und Ungewollten landesweit auch aus eigenen Kräften verbinden und protestieren würden. Doch das ist schwierig, weil nicht alle das Internet beherrschen und weil auch Mobilität etwas kostet. Zusammenkünfte sind schwierig. Schon in Basel nehmen die wenigsten Sozialhilfeempfangenden das Tram und laufen mitunter jeden Tag längere Strecken, um Kosten einzusparen. Wir wollen damit sagen, dass es die klassischen Arbeitsproteste auf dieser Ebene nicht oder nur selten geben kann. Es sind nicht dieselben Voraussetzungen und Strategien, mit denen die Gewerkschaften kämpfen. Proteste kommen z. B. zustande, wenn Berater*innen und sich Solidarisierende die Armutsbetroffenen unterstützen, wie in Bern dank der Kritischen Sozialarbeit (Kriso) und der Avenir Social.[24]

Alternative Strategien gegen die Armut

Aus unserer Sicht könnte die Gesellschaft viel für die Erwerbslosen und Ausgegrenzten tun. Mit einer Politik, die fordert. In Verbindung mit dem Arbeitsmarkt

müssten Gewerkschaften wieder stärker über die Arbeitsverteilung nachdenken und die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu verwirklichen versuchen. Es braucht eine Umverteilung von oben nach unten.

Zudem, und nicht im Gegensatz dazu, sollte auch ein Grundeinkommen von links wieder thematisiert und erkämpft werden, das vernünftig und ohne Abbau des sozialen Versicherungssystems realisiert wird. So schrieben wir gemeinsam mit Peter Streckeisen bereits im *Widerspruch* 52:

> «Es gibt keinen Grund, das Grundeinkommen und das Recht auf Arbeit als Forderungen zu sehen, die sich von vornherein ausschliessen: Das Grundeinkommen widerspricht nur dem Zwang zur Arbeit, und das Recht auf Arbeit verweigert kein Recht auf Einkommen. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und (bezahlter wie unbezahlter) Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn mindestens die folgenden Kriterien erfüllt sind: (a) Die Finanzierung wird durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen (sowie allenfalls Lohnprozente) gewährleistet; (b) bestehende soziale Sicherungssysteme werden nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst; (c) die Höhe des Grundeinkommens darf sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen (in der Schweiz heute: 3000 Franken netto) bewegen. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden.»[25]

Deshalb müssten wir uns auch nochmals Gedanken machen über die vom Denknetz 2009 lancierte Reformdebatte über ein neues Modell für die soziale Sicherung in der Erwerbslosenphase, die Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV).[26] Die AEV wurde am 1. September 2009 vom Bundesrat geprüft. Auch der Nationalrat beschäftigte sich nach einer Motion der sozialdemokratischen Nationalrätin Silvia Schenker damit, nur hatte die AEV keine Chance. Wir müssten trotzdem wieder mutiger werden, auch was die Finanzierung betrifft. So könnte eine Finanztransaktionssteuer gefordert werden. Mit nur 0,5 Prozent liessen sich viele der finanziellen sozialen Probleme eliminieren.[27]

Damit die Sozialhilfebeziehenden nicht allein durch das «Fordern» des Zweiten Arbeitsmarktes und seiner Programme beschäftigt werden, sollten Fonds gebildet werden, die es den Menschen ermöglichen, eigene Projekte zu starten. Projekte, welche sie selber entwickeln und verwalten können. Der Zweite Arbeitsmarkt kostet den Staat viel und bringt den dort Beschäftigten wenig. Ein Fonds für alternative Projekte aber würde viele Formen von selbständigen Aktivitäten und Treffpunkten ermöglichen. Dass dies verändern kann, zeigt uns das Internetcafé Planet13.

Wir sind davon überzeugt, dass es solche Orte der Solidarität braucht, Orte, an denen alle willkommen sind, wo zuerst der Mensch ohne Wenn und Aber zählt und nicht etwas anderes.

Im Planet13 erlernen die Gäste manch Neues, wenn sie die Kurse, die Reparaturwerkstatt und das kulturelle Angebot besuchen. Mit der Zeit bewegen sie sich in verschiedenen Gebieten sicherer. Sie beginnen mitzudiskutieren, vertrauen uns ihre Ansichten an und nehmen aktiv teil. Das Projekt hat deshalb nicht einfach einen karitativen Charakter: Es ist uns ein Anliegen, dass sich die Menschen autonomer bewegen können.

Wir denken: Das sind Möglichkeiten, um Armut vollständig zu eliminieren, zumindest in einem reichen Land wie der Schweiz. Möglichkeiten, um allen Menschen Chancen zu geben, sowie Zugang zu Bildung, Umschulung, Gesundheit und zu Perspektiven. Da dies in unseren heutigen gesellschaftlichen Modellen nicht möglich scheint, müsste zumindest die Existenzsicherung ohne Drangsale möglich sein. Wenn solche neuen solidarischen Modelle realisiert werden, lassen sich neue Realitäten jenseits von kapitalistischen Mehrerträgen und Wachstumsprofiten vorstellen. Denn wir wollen nicht nur Nischen, sondern grossflächige Veränderung.

Anmerkungen

1 www.planet13.ch (Abfrage: 20.9.2017).

2 Caritas, 2017: Keine Entwarnung bei der Armut, 15.5. www.caritas.ch/de/news/keine-entwarnung-bei-der-armut.html (Abfrage: 20.9.2017).

3 Siehe: www.skos.ch/sozialhilfe/haeufig-gestellte-fragen (Abfrage: 1.10.2017).

4 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB): Verteilungsbericht 2016. Bern. www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/117df_DL-KS_Verteilungsbericht_2016-internet.pdf (Abfrage: 1.10.2017).

5 So gab es zum Beispiel vor einigen Jahren den Kurs «Wie bewirbt man sich richtig?». Jeder Kurs kostete damals pro Person über 2000 Franken. Doch den Kurs mussten sowohl besser Ausgebildete wie auch wenig Ausgebildete besuchen.

6 Sozialhilfe Kanton Basel-Stadt, 2016: Informationen zu den Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe. www.sozialhilfe.bs.ch/dam/jcr:1ca430f0-cc98-4672-bcca-52de56704c8f/information_zu_unterstuetzungsleistungen_sh_2016.pdf (Abfrage: 20.9.2017).

7 Krampf, Michael, 2016: Das sollten Sie zur Gebühr wissen. In: Beobachter, 27.9. www.beobachter.ch/konsum/multimedia/billag-das-sollten-sie-zur-gebuhr-wissen (Abfrage: 20.9.2017).

8 Fagetti, Andreas, 2017: Fatale Signale aus Bern. In: WOZ Die Wochenzeitung, Nr. 21, 25.5. www.woz.ch/-7ce9 (Abfrage: 20.9.2017).

9 Hanimann, Carlos, 2017: Von Sozialdetektiven, glücklichen Gemeinden und einer letzten Hose. In: WOZ Die Wochenzeitung, Nr. 32, 10.8. www.woz.ch/-7efd (Abfrage: 20.9.2017).

10 bz Basel, 2016: Basler Sozialhilfe sucht nun Detektive. In: bz Basel, 3.8. www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/basler-sozialhilfe-sucht-nun-detektive-130462899 (Abfrage: 20.9.2017).

11 Kriso Basel, 2016: Neuer Straftatbestand mit drastischen Konsequenzen. In: SozialAktuell, Nr. 11, 7–8. www.kriso.ch/2017/05/neuer-straftatbestand-mit-drastischen-konsequenzen (Abfrage: 20.9.2017).

12 Staatssekretariat für Migration SEM, 2016: Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Ausführungserlass zum revidierten Bürgerrechtsgesetz. www.sem.admin.ch/dam/data/sem/aktuell/gesetzgebung/buev/ve-ber-d.pdf12 (Abfrage: 20.9.2017).

13 Siehe: www.dock-gruppe.ch/index.php/homepage/about/stiftung-fuer-arbeit (Abfrage: 20.9.2017).

14 Ebd.

15 Wir empfehlen hier, was Workfare und den Abbau des Sozialversicherungssystems betrifft, auch das neueste Filmwerk des Regisseurs Ken Loach, 2016: *I, Daniel Blake.*

16 Siehe: www.wyss-sozialforschung.ch (Abfrage: 20.9.2017). Und: Wyss, Jürg, 2007: Workfare: Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus. Zürich.

17 Siehe: www.peterschallberger.ch/home/publikationen.html (Abfrage: 20.9.2017).

18 Schallberger, Peter / Wyer, Bettina, 2010: Praxis der Aktivierung. Eine Untersuchung von Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (Analyse und Forschung). Konstanz. Und: Wyer, Bettina, 2014: Der standardisierte Arbeitslose. Langzeitarbeitslose Klienten in der aktivierenden Sozialhilfe. Konstanz/München.

19 Hafner, Urs, 2014: Arbeit als Heilmittel. In: Neue Zürcher Zeitung, 11.11. www.nzz.ch/schweiz/politische-literatur/arbeit-als-allheilmittel-1.18422315 (Abfrage: 20.9.2017).

20 Anouk Eschelmüller, 2016: «Ich komme aus diesem System nicht mehr raus». In: WOZ Die Wochenzeitung, Nr. 40, 6.10. www.woz.ch/1640/zwangsarbeit-in-der-sozialhilfe/ich-komme-aus-diesem-system-nicht-mehr-raus (Abfrage: 20.9.2017).

21 Fagetti, Andreas, 2014: «So werden ganze Biografien ausgelöscht». Interview mit Peter Schallberger. In: WOZ Die Wochenzeitung, Nr. 40, 2.10. www.woz.ch/1440/sozialfirmen/so-werden-ganze-biografien-ausgeloescht (Abfrage: 20.9.2017).

22 Siehe: SRF vom Mittwoch, 28. Mai 2014, 12.10 Uhr, Moderne Sklaverei gibt es auch in der Schweiz. www.srf.ch/news/wirtschaft/moderne-sklaverei-gibt-es-auch-in-der-schweiz (Abfrage: 20.9.2017).

23 Anm. 21.

24 www.kriso.ch und www.avenirsocial.ch (Abfragen: 20.9.2017).

25 Sirmoglu, Avji / Streckeisen, Peter, 2007: Das Grundeinkommen – kapitalistische Utopie oder linke Perspektive. In: Wiederspruch, Heft 52, 177–184.

26 Siehe: www.denknetz.ch/aev-alt (Abfrage: 25.9.2017).

27 Siehe: www.attac.de/kampagnen/finanztransaktions-steuer/finanztransaktions-steuer (Abfrage: 1.10.2017).

Denk netz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

Hans Baumann, Martin Gallusser, Roland Herzog, Ute Klotz, Christine Michel, Beat Ringger, Holger Schatz, (Hg.):

Technisierte Gesellschaft

Bestandsaufnahmen und kritische Analyse eines Hypes

Mit Beiträgen von
Andrea Baier
Hans Baumann
Sheron Baumann
Stephan Bernard
Daniel de Roulet
Rudolf Farys
Adrienne Fichter
Robert Fluder
Martin Gallusser
Gruppe GAMBITTOG
Viktor Györffy
Tom Hansing
Matthias Hartwich
Roland Herzog
Oliver Hümbelin
Natalie Imboden
Ben Jann
Ute Klotz
Helmut Knolle
Philippe Koch
Martin Kuhlmann
Mascha Madörin
Christine Michel
Kristy Milland
Christa Müller
Christoph Müller
Andrea zur Nieden
Kurt Pärli
Beat Ringger
Hans Schäppi
Erik Schönenberger
Nicole Shepard
Karin Werner
Christa Wichterich
Magda Zihlmann

Bestandsaufnahmen
Digitale Revolution: Eine Einführung in Stichworten
Digitalisierung und Roboterisierung im Gesundheitsbereich
Die Algorythmisierung der Gesellschaft

Gesellschaftliche Implikationen
Technikkritik reloaded
Globale Kräfteverhältnisse und Klassenzusammensetzung
Technisierung und Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion
Big Data: Implikationen für Gender/Sexualität/Race
Micro targeting und Demokratie

Arbeit und Bildung
Technisierung und Arbeitsvolumen
Technisierung im Dienstleistungssektor
Veränderung der Berufe

Technik und Emanzipation
Digitaler Streik
Postkapitalistische digitale Produktion?
Befreiung vom Identitätszwang und Körper durch Technik?

Jahrbuch 2017

Denknetz-Jahrbuch 2017: Technisierte Gesellschaft
248 Seiten, broschiert, Fr. 25.–, ISBN 978-3-85990-326-5, www.edition8.ch